

# Dresdner Volkszeitung

Politik-Amtsblatt: Leipzig. Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes. Band 100: Nr. 174. Dresden.

Abo-Preis: einschließlich Bezugsschein monatlich 200 M. Durch die Post bezogen vierjährlich 800 M. unter Strengband für Deutschland und Österreich-Ungarn 800 M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Bettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur morgens von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Bettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftsstelle von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Unternehmenspreis: die 7 geballte Monatszeitung 80 Pf., darauf 40 Prozent Zeitungspauschal, bei Familienabonnementen die Zeitung 60 Pf. (ohne Zusatz). Abenteuer sind im vorraus zu bezahlen. Eine Verpflichtung zur Aufnahme an vorausgeschriebenen Tagen kann nicht übernommen werden. Für Briefmarkenlegung 20 Pf.

Nr. 174.

Dresden, Donnerstag den 31. Juli 1919.

30. Jahrg.

## Bor neuer Kabinettsbildung.

### Ludendorffs Annexionsprogramm.

Berlin, 30. Juli. Die in der Siede des Ministerpräsidenten bereits kurz fixierte Denkschrift des Generals Ludendorff wird jetzt im Wortlaut veröffentlicht. Sie ist datiert vom 14. September 1917 und geht auf jene damalige militärische und politische Lage im einzelnen ein. Die Denkschrift sagt u. a.: „Unsre militärische Lage ist günstiger als die des Verbündeten, trotzdem bin ich der Ansicht, daß ein Friede für uns vor Beginn des Winters erreichbar ist, wenn er uns das Nötige bringt, was wir zur späteren wirtschaftlichen Entwicklung bedürfen und uns in eine militärische und wirtschaftliche Lage versetzt, die uns einem neuen Vertrag zufrieden mit Ruhm ins Auge sehen läßt.“ Ludendorff geht dann auf unsere militärische Lage im Osten und Westen ein und rechnet damit Ausführungen darüber, daß wir uns industriell breiter hinsetzen müssten. So sagt er u. a.:

Das lohnende Ergebnis verlangt einen Gewinn der wachsenden Westen. Je größer er ist, desto leichter wird die Sicherung. Tatsächlich ist ein Übereinkommen des rheinisch-westfälischen Staates. Was die standesamtliche Führungsfrage aufzeigt, so geschildert ist, das ist die Weisung bei Südtirol in noch eindrucksvoller Weise für das Industriegebiet. Wir müssen das Vorrecht zu beiden Seiten der Alpen und Südwärts bis St. Pölten in der Hand behalten. Sicher lebe ich in der Einvernehmen durch das Deutsche Reich nur das Mittel, dies zu erreichen. Der Preis des Vorschlages allein genügt nicht, wir müssen ein Bündnis des belgisch-französischen Heeres unmöglich machen. Dies kann nur dadurch geschehen, daß Belgien wirtschaftlich so eng an uns angegliedert wird, daß es auch einen politischen Anschluß an uns sucht. Der wirtschaftliche Anschluß wird ohne starken militärischen Druck — lange Einstellung — und ohne Besiegung von Südtirol nicht ins Werk zu setzen sein. Die Neutralität Belgiens ist ein Phantom, mit dem praktisch nicht gerechnet werden darf. Ganz sicher können wir erst, namentlich, da der Tunnelbau oberhalb Brixen fortgesetzt wird, wenn wir ganz Belgien im Besitz hätten und an der standesamtlichen Seite ständen. Trotz aller Schwierigkeiten können wir dies zur Zeit nicht erreichen. Es fragt sich, ob wir, um dieses Ziel zu erreichen, den Krieg fortführen müssen. Das ist meines Erachtens der Fall, wenn die Engländer einen Gebietsstreit in Frankreich (Galais) erhalten. Nur so das nicht, so wäre der Preis der standesamtlichen Seite kein Grund zur Fortsetzung des Krieges über den Winter hinaus. Wir müssen daher wieder von der standesamtlichen Seite aus eindrucksvolle Einwirkung auf England aus Umwegen erreichen können. Ich halte dies für möglich, wenn Belgien wirtschaftlich mit dem Deutschen Reich eng verbunden und in Wallonien und Flämischland gelegt, mit der Zeit den Schutz gegen Frankreich und England selbst übernimmt und nach Beendigung der Opposition sich ein Heer und eine Marine bildet.

Aus Rücksichten müssen wir uns leider mit diesem Auszug aus Ludendorffs Programm begnügen. Was wir daran immerhin haben, ist das wahre Gesicht des Militärismus! Nur ein Gebot des Herrn Ludendorffs Programm — der nächste Krieg! Und für diesen nächsten Krieg Gewalterziehung der Grenzen überall, Vorlagerung neuer Grenzestreifen sei es vor Ostpreußen, Westpreußen, Westfalen, Schlesien, Rheinprovinz oder Lothringen. Bescheiden ist er nur, wo die Truppen zu hoch hängen, im übrigen aber kann man hier vielleicht nicht das Wort Bescheidenheit antwenden, ohne ein Gefüllter zu erregen. Denn zu den offenen kommen die verschwommenen Annexionen, aber besser gesagt, die nur ganz vordergründig verschleierten wahren Annexionen. Das sollte im Süden Belgien, dessen offene Annexion Herr Ludendorff zwar heuchlerisch ablehnt, das er aber in solche wirtschaftlichen Notien legen will, daß ihm gar nichts weiter steht bleibt, als den politischen Anschluß an Deutschland zu fordern. Das Mittel zur Gewinnung der belgischen Herzen: langjährige militärische Oppression! Neben Belgien schließt Ludendorff nach Holland und sogar nach Österreich. Auch diese beiden neutralen freien Staaten will er auf den Blutgang von Vasallenstaaten Deutschlands herabreden.

Und während Ludendorff dies betreibt, läßt er seinen politischen Autonomen, den plattdeutschen Deutschen Michels, die Worte sprechen von seiner Vereinbarung mit der Friedensresolution, „wie ich sie aussage“, während er dies betreibt — im Einvernehmen mit Michels — wird dem Reichstagsausschuß verkündet, daß über Belgien eine befriedigende Erfüllung an die Entente gelangen werde! Diese befriedigende Antwort war dann jenseits aller Anstrengungen geheimgehaltene Schreiben des Herrn Michels, dessen unaufrichtige Taten durch die Ludendorffsche Denkschrift in das größte Licht gerückt werden.

### Schwanengesang.

Aus Weimar wird uns berichtet: Wenn kluge Leute dummeszeug reden, dann tun sie es gründlich. Der Deutschnational Dr. Hertinger, bairischer Justizminister a. D., ist ein kluger Mann und er legte am Mittwoch in der Nationalversammlung gründlich los. Was

soll, so führte er aus, die Deutschnationalen von heute belieben nicht mit den früheren Konservativen verwechseln. Und im gleichen Atemzug erklärte er, daß er und seine Parteifreunde die Verfaßung ablehnen, weil sie ihnen nicht souverän genug ist. Außerdem wollen die Deutschnationalen als Anhänger der Monarchie leben und sterben. Und dieser Mann, der seit 35 Jahren (1884 wurde er Richter) vom grünen Tisch nicht mehr fortgekommen ist, spottet über Karl Marx' und Friedrich Engels' weltumspannende Gedanken, weil diese seiner Krausen Ansicht gemäß am grünen Tisch ausgekehrt sind.

In einer Beziehung ist der gute Herr Hertinger durchaus konsequent. Da er den gelebten Monarchen nicht haben kann, so möchte er die Stellung des Reichspräsidenten vermehren festigen, doch dieser als Selbstverständlicher vom alten Schlag mit dem Titel Präsident auf seinem Throne sitzt. Aber auch damit will es den Konservativen von 1919, die nicht mehr Konkurrenz geschimpft sein mögen, gar nicht glücken.

Dem badischen Justizminister a. D. folgte mit dem zweiten Schwanengesang Dr. Heinze, ländlicher Justizminister a. D. Wenn er an Deutschiands stolze Vergangenheit denkt, dann fühlt ihm nichts andres ein als die Jahrezahl 1871, die Karben schwartz-weißrot, der Adel, den er trotz aller Mühe nicht mehr gehofft hat, die lange Reihe von schönen Titeln und noch schöneren deutschen, türkischen und sonstigen Orden, die ihm und seinen Freunden entgangen sind, und das liebe alte Hurra! Hurra! Hurra!

Alle Gefühle, aber, die der Schmerz über den unsäglichen Verlust begleitenderweise auslöst, drängen sich bei der Deutschen Volkspartei gleichfalls in dem Huße zusammen: Riedet mit der neuen Verfassung!

Auch der Unabhängige Dr. Oskar Cohn hat ein paar Revolutionssmonate im Justizministerium gesessen. Das macht ihn würdig, im Reintag erbundener Dritte zu sein, und zwar unter einer Parole, die allerdings falsch, aber wenigstens geistreich ist. Er betrachtet nämlich die erste republikanische Verfassung Deutschlands als eine Verluststufe des Demokratie und des Sozialismus. —

Reichskommissar Dr. Preuß als Vater des Verfassungsentwurfs in seiner Urform hält gebührlicherweise die letzte Stelle in der Generaldebatte. Er las den Göhndienern der alten Herrlichkeit eine überaus lehrreiche Lektion. Sie tadeln die Parteidemokratie, aber fehlter hörte eine einzige Partei, die allgemeinmachende konservative, während jetzt ein Beispiel der Parteien möglich und üblich ist. Früher kamen die Minister irgendwoher und verschwanden irgendwohin. Jetzt kommen sie aus den Parlamenten und rücken nach ihrem Abgang wieder hinein ins Parlament. Den Rest dieses vorliegenden Verfassungstagestags läßt die Spezialberatung aus, die sehr schnell vorwärts kam und, von geringen Ausnahmen abgesehen, die gleichen Ergebnisse brachte wie die zweite Lektion. Am Donnerstag werden die letzten Hölme gemacht werden.

**Neue Streitgefahr in Rheinland-Westfalen**

Dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet drohen neue schwere Beunruhigungen. Die Unabhängigen und Kommunisten stellen an General-Wader und Reichskommissar Seberring ein Ultimatum, worin die sofortige Freilassung der in den Hungerstreit getretenen politischen Gefangenen in Westfalen gefordert wird. Dem Ultimatum wurde nicht stattgegeben. Worauf nach einer Meldung aus Duisburg die Belegschaft der Zechen Diestgard in den Ausstand trat. Im Flugblatt werden die Arbeiter aufgerufen, in den Generalstreik zu treten, bis die Forderungen sofortiger Entlassung der Gefangenen in Westfalen, Aufhebung des Belagerungszustandes und Absezung des Generals Wader erfüllt sind.

Ein bei den Männern ankommen werden die ausgebrochener Ausstand ist noch einer Meldung aus Düsseldorf wieder beigelegt worden. Die Arbeit ist gestern in den Rothewerken wieder aufgenommen worden, ebenso in Hückingen. In Remscheid sollte sie gestern ebenfalls wieder aufgenommen werden. Die übrigen Werke hatten die Arbeit nicht eingestellt.

#### Beilegung des Siemens-Streiks.

Berlin, 30. Juli. In den Siemens-Schuckert-Werken wird die Arbeit von den Ausständigen morgen wieder aufgenommen.

#### Drohender Generalstreik in Basel.

In Basel streiken die Färberarbeiter, mit denen sich die gesamte sozialdemokratische Arbeiterschaft solidarisch erklärt. Die Streikleitung fordert die Arbeiterschaft auf, einem etwaigen Streikgebot restlos Folge zu leisten. In einer Linie werden verlangt, Herabsetzung der Brotpreise um mindestens 20 Centimes, Bechlagsnahme der Schuh- und Stofflager und Abgabe der Waren zu herabgezogenen Preisen, ferner Verhinderung der Ausfuhr und Erleichterung der Einfuhr. Maßnahmen gegen die Preiswucherer usw. Die Arbeitnehmer solidarisierten sich ebenfalls mit den Färberarbeiter und Angestellten erklärten sich ebenfalls mit den Färbereien solidarisch, so daß bei einem Mähdingen der Einigungsverhandlungen mit einem Generalstreik zu rechnen ist. Auch die Straßenbahner sowie die Gas- und Wasserwerke werden am Streik teilnehmen.

### Das geöffnete Tor.

Die deutsche Republik beendet die durch den Krieg hervorgerufenen und fünf Jahre gezwungenenmaßen geführten geschlossenen Nationalwirtschaft, tritt nun als Wirtschaftsglied in den Kreis der Nationen und kann jetzt wieder an der Weltwirtschaft teilnehmen. Erfüllen sollen sich nun auch alle Hoffnungen, welche Volk und Regierung auf die wohltätigen Folgen der umgebundenen Einfuhr von Lebensmitteln, Gütern, Bergbauprodukten und Rohstoffen gelegt haben. Doch jetzt auch die innere Blockade des Reichs fallen, welche nicht weniger als die der Entente am Markt des Volkes schützt und bis in diese Tage hinein jeden Versuch einer gerechten Verteilung der Lebensmittel und Gebrauchsartikel einfach unmöglich macht. Die rücksichtslos fallenden Schleichhandelspreise reden eine erfreulich deutliche Sprache.

Mit den 1500 Mill. M. welche von Staat und Gemeinden zur Verfügung gestellt werden, um in den nächsten drei Monaten der Bevölkerung die ausländischen Lebensmittel zu erschwinglichen Preisen verkaufen zu können, wird ein ernsthafte Schritt zur Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit des Volkes getan, die allein durch weitere Lebensmittelzuflüsse in der Zukunft sichergestellt wird. Denn nur mit Erzeugnissen unserer Arbeit, nicht aber mit entwertetem Papiergeld, können wir die Auslandswaren bezahlen. Durch geringere, höchstens 80 Proz. Ausmahlung des Bruttogehaltes haben wir die Verdauungsfähigkeit unseres Brotes und können den höheren Preisvertrag der Viehhaltung zugute kommen lassen.

Von Fertig- und Halbfertigwaren kommen vor allem Leder und Stoffe jeder Art und Ergänzungen der Lederverarbeitung in Betracht. Um den minderbemittelten Wolfskreisen die Anschaffung bringend, notwendiger Kleidungsstoffe zu erleichtern, bringt die Regierung 41 Millionen Meter Stoff aus Reservebeständen zum Verkauf und stellt gleichzeitig 800 Millionen Mark zur Verfügung zum Ankauf ausländischer Textilwaren. Dem gleichen Zweck dient die von der Reichsbrennerei veranlaßte bevochtigte Einfuhr von Chevreouleder, genügend Rindfleisch erzeugen will, ausreichend zur Anfertigung von 5 Millionen Paar Schuhen, welche durch Verteilung bis zum kleinsten Schuhmacher auf direktem Wege den Verbrauchern zugeführt werden. So groß die angeführten Zahlen sein mögen, darf doch nicht übersehen werden, daß sie für den Bedarf eines 80 Millionenvolkes nicht mehr sind als der Tropfen auf dem heißen Stein.

Anderseits verfügt das Ausland wirklich über große Mengen von Fabrikaten. Neben den amerikanischen Industrien sind es besonders die Textilindustrien Englands, Frankreichs und Italiens, die danach trachten, ihre aufgeschorenen Vorräte mit Eintritt des freien Handelsvertrages nach Deutschland zu werfen. Die seit Monaten unter Absatzengang leidende englische Baumwollindustrie hat große Warenlager in Holland und in der Schweiz angesammelt. In der Schweiz sind darüber hinaus die Preise der einheimischen Textilereignisse insbesondere für wollene Stoffe und für Baumwollgewebe, vielfach zurückgegangen. Italien hofft, die angebauten Teidenortrate nach Deutschland absezzen zu können; ferner ist Italien ein zu den hohen Kriegsverlusten bereitgestellter Vorrat von einer halben Milliarde Meter Baumwollstoffen vorhanden. Für die Einfuhr von Fertig- und Halbfertigwaren der Lederverarbeitungsindustrie herrschen im Ausland die gleichen, für uns im Augenblick günstigen Verhältnisse.

Aber die Einjuhr, wenn auch notwendigster Hettigwaren, muß eine Grenze haben an unserem Interesse für den Wiederaufbau der deutschen Industrie, welcher nur durch recht schnelle und umfassende Einfuhr von Rohstoffen aller Art der Weg zur früheren Höhe geöffnet werden kann. Das Hauptziel der deutschen Industrie muß gerichtet sein auf die möglichst baldige Erziehung ausländischer Fabrikate durch deutsche Erzeugnisse. Leicht wird dieses Beginnen nicht sein. Sind doch einzelne Industrien neutraler Staaten, besonders die ständignde Schuh- und Lederverarbeitungsindustrie, durch die mit fortwährender Herabsetzung der Preise hand in hand gehende Überproduktion mit Auslandswaren in schwere Bedrängnis geraten. Auf jeden Fall ist mit erheblichen Preisschwankungen auch in Deutschland zu rechnen, aber wird besseres Material für die gleiche Geldsumme zu kaufen sein. So gelangten vom September an auf Märkten fertigreife Seifen zum Verkauf, die in deutschen Fabrikaten hergestellt, jedenfalls den Verbrauch unserer ausländischen Seifen erheblich einschränken werden.

Einen gewissen Schutz gegen die dauernde Überschreitung mit Auslandswaren hat die deutsche Industrie in dem ungünstigen Stand unter Waluta, der unter Exportindustrie die Ausfuhr wesentlich erleichtert wird. Auch ist zu erwarten, daß die Forderungen der Arbeiterschaft der neuzeitlichen und Ententestaaten um das Wirtschaftsmittelrecht und um höhere Löhne bei Verkürzung der Arbeitszeit der deutschen Industrie den Wettbewerb auf dem Weltmarkt erleichtern werden. Ob Deutschland überhaupt jemals wieder als ernsthafter Konkurrent auf dem Weltmarkt auftreten kann, hängt in erster Linie ab von der Arbeitsfähigkeit der deutschen Arbeiterschaft. Diese Erscheinung in seinem Kreise zu verbreiten und ihr durch eigenes Verhalten zu entsprechen, sollte sich jeder einzelne verpflichtet fühlen.

# Die Verfassungsberatung.

7. Sitzung vom 30. Juli 1919.

Am Montagmorgen: Dr. Breuer, Dr. Pauli, Müller, Dr. Bell, Schleiden, Reichenbach eröffnet die Sitzung 10 Uhr 10 Minuten. Die dritte Beratung des Verfassungsentwurfs wird abgehalten.

Abg. Dr. Tönnies (Dem. Dp.): Es unterliegt abzuhalten, ob der Reichstag gegenwärtig die Verfassung ablehnen kann. Wenn die Demokratie nicht demokratisch genug ist, fehlen mir diese Befürchtungen ab, weil sie und nicht konserватiv genug ist. Wir bleiben Anhänger der Monarchie. Die republikanische Staatsform wird uns allerdings bei der Erstellung unserer staatsvertraglichen Pflichten nicht dienen. Wir achten den Willen des Volkes mehrheitlich. Ich schaue diese Staatsform entsetzt an. Ich würde eine Abstimmung der Stellung des Präsidenten, der jetzt nur noch ein Deformation ist. Das Entscheidende liegt nicht bei ihm, sondern bei den Parteienvertretern. Man braucht kein Preuß zu sein, um vorherzusehen, dass das deutsche Volk sich noch einmal nach dem alten Ordnungssystem zurückziehen wird. Wir halten auch an dem sozialistischen Charakter des Reiches fest. Seit Nahrendt hat die Sozialdemokratie die deutlichen Arbeit im Sinne der am rechten Ende entstandenen Ideen von Freiheit und Gleichheit zu begleiten versucht. Das ist Abschlussentwurf, ebenso wie die Politik, die auf eine Weltrevolution inspiert. Dies wurde bei uns wieder aufzufinden scheint zu der schrecklichen Zeit des Reichskrieges. Freies Schaffen, Gott bedankt und vor der Weltrevolution!

Abg. Dr. Heine (D. Dp.): Nach drei Geschäftspunkten wird man eine Abstimmung, wie wir sie zum Aufbau unseres Vaterlands brauchen, benötigen müssen: Es muss die Möglichkeit geben, alle lebendigen Kräfte des Staates heranzuziehen. Es muss die Voranstellungen einer reinen und sozialistischen Politik sein, es muss kurz und knapp und juristisch eindeutig gefasst sein. Von diesen Gesichtspunkten aus können wir uns nicht auf den Boden der neuen Verfassung stellen. Der Geist, der in ihr vorherrscht, ist der Geist einer extremen Demokratie, und daraus folgt das Bedürfnis, alles gleichzumachen.

Man will uns hoc, wie wir sagen, ja sehr an der Verantwortlichkeit, wie häufig an der sozialen Vergangenheit, von 1871 (Deutschland verlor rechts). Sie (noch links) hängen an einer Vergangenheit, die weit mehr zurückliegt, als der von 1848. Und welche Geistmar ist es, der die Verfassung dieser beiden Gründungen berücksichtigt? 1870 war es der Geist der 1. April 1848 war es der Geist der Monarchie und des Theodorismus. (Sehr richtig! und lebhaft Zustimmung rechts.) Die neue Verfassung setzt sich auch im ersten wie im letzten Bezug auf die von 1848 an. Unter diesen Aspekten hat man heruntergeschaut zugunsten der schwärmenden Organismen des Staatslebens in der Weise zur Entwicklung zu bringen verstanden hat. (Beifall rechts.) Auch bei den Sozialdemokraten: Und uns in den Kreis hineingeführt hat. Die alte Verfassung hat den Weltgeist nicht verstanden, und wenn wir ihn über Jahre ausgebaut haben, so lag das an der Hoffnung, die die Verfassung auszeichnet. (Beifall rechts.)

Das alte Reich zeigte sich durch einen Wunderbau des organischen Staatswesens aus. Wie man die Bundesstaaten jetzt konstituiert hat, indem man ihnen die Autonomie gegeben und indem man ihre staatsvertraglichen Rechte gestrichen hat, werden sie, möchte ich, sehr bald ihr eigenes Land verlieren. (Sehr richtig! rechts.) Das meiste Seinen der neuen Verfassung aber ist ein extremer Parlamentarismus. Der Reichspräsident hat gegenüber dem Parlament so gut wie gar keine Rechte. Das muss ja einer Parlamentarierheit überlassen werden, und das ist vielleicht die schlechteste Art, wie man die Selbstverantwortlichkeit austauschen wird, und das bedeutet, dass wichtige Kräfte unseres Staates einfach ausgeschaltet werden.

Was die sogenannten Grundrechte anlangt, so erkenne ich an, dass es wünschenswert ist, die Bestimmungen über Schule und Kirche in die Verfassung zu bringen, aber über ist überflüssiger Ballast, an dem niemand seine Freunde haben kann, von dem niemand Angenommen hat. (Beifall rechts.) Doch allem werden wir nicht für den Entwurf in der vorliegenden Fassung stimmen können.

Wir werden in den nächsten Tagen Neuen beraten wollen aus Anlass der Verabschiedung der neuen Verfassung. Die letzte Sitzung bestimmt: Die Verfassung vom 16. April 1917 wird aufgehoben. Damit scheidet sich das neue Deutschland auch formal von der sozialen Theorie einer sozialstaatlichen Gesellschaft. In dem Augenblick, wo man die schwartzweiße rote Farbe lernunterstützt, müssen wir bei einer derartigen Zeile stillschweigend sitzen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Cohn (U. Soz.): Verfassungen sind lediglich Ausdruck einer Reihe fortwährender wirtschaftlicher Entwicklung und haben keinen Gegenwartswert. Die neue Verfassung ist der Zeitpunkt unrichtig, weil er verfehlt gewählt wurde. Sie wird die Entwicklung, was ihr Zweck war, an lange Zeit hindurch unterbinden. Der Parlamentarismus hatte den Platz nicht, sich auszukämpfen und die Gesellschaft, wie alles natürliche Leben, aus der Zelle aufzubauen. Die Zellen müssen überall die Mutter geblieben, quer die Betriebsräte, auf denen sich Gruppenräte bis zum Reichsministerialrat austauschen.

Reichskommissar Dr. Breuer:

Die Opposition der Rechten und der linken Linken ist sich darüber einig, dass der Zeitpunkt für die Verfassung faul ist gewählt sein soll. Die Rechte steht an der Verfassung und Dr. Cohn erklärt sie für verfehlt, hemmlich in dem Gedanken, dass wir warten sollten, bis seine Partei an die Herrschaft gekommen wäre. (Aufatmen der U. Soz.: Das wäre vernünftiger gewesen!) In diesem Falle hätten wir allerdings sehr bald die von Dr. Cohn lobte sozialistische Regelung von Sieges und Verlustwahl erhalten: die Militärpräfektur. (Deutsche Zustimmung links, Abstimmung bei den U. Soz.) Dr. Heine hat bemerkbar, dass die Verfassung die Betriebsräte bringt. Er überlegt, dass es auch unter dem alten System eine Betriebsräte gab. Damals gab es aber nicht den Parlamentarismus, der mit dem Wechsel der Parteien eng verbunden ist, sondern immer nur die Herrschaft einer Partei. Abgeordneter Dr. Heine hat es mit dem Parlamentarismus verbanden. Rechter waren Staatsmänner, man wusste nicht, woher und gingen, man wusste nicht, wohin. (Aufatmen: aus der Wolfe ohne Wahl, Heiterkeit.) Der Kampf um die Stadt in den geordneten Formen der parlamentarischen Ausübung fand in dem teilweisen Verfahren vorliegen.

Damit schlägt die allgemeine Besprechung. Es beginnt die

## Gesetzgebung und Abstimmung zur Verfassung.

Präsident Reichenbach: Es liegt eine große Reihe von Wörtern und Anträgen vor. Die Autodie sind zum Teil redaktioneller Art, zum Teil Kompromissanträge, zum Teil wollen sie nur grundlegende den Parteidiskussion wahren. Ich bin der unangemessenen Meinung, dass die Redner sich in der dritten Sitzung auf die umfangreichen Ausschreibungen in der zweiten Sitzung berufen können (Sehr richtig! und Zustimmung). Die neuen Gedanken taugen mehr vorgetragen werden können. Nebenbei will ich noch darauf aufmerksam machen – entscheidend hat das natürlich nicht sein – wie haben in Russland genommen, von Krieg zu einer kleinen Partei einzutreten zu lassen. Es kommen jetzt zahlreiche Abstimmungen nacheinander. Es wird daher nicht fein, dass die Mitglieder der Nationalversammlung am Platz bleiben, damit das Abstimmungsverhältnis doch festgestellt werden kann.

In der Einberatung wird hierauf die Übereinstimmung und Einheitsformel beobachtet angenommen.

Artikel 1 des Haushaltsgesetzes (Ausgaben und Ausbau des Reiches) lautet: Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus. Artikel 1 wird unverändert angenommen, ebenso Artikel 2.

Artikel 3 handelt von den Reichsämtern. Ein Antrag Dr. Heine (D. Dp.) für die Farben Schwarz-Weiß-Rot wird gegen die Stimmen

der Reden und eines Teiles der Demokraten und des Zentrums abgelehnt. (Das Ergebnis wird von der Rechten mit Zustimmung angenommen. Große Unruhe und lärmende Szenen bei den Rechten.)

Rede von Dr. Heine (D. Dp.): Ich muss mit aller Ernstlichkeit sagen, dass jegliche Abstimmungen, die hier vorgenommen werden, mit solchen Mitteln begleitet werden. Das ist eine grobe Unredlichkeit.

Artikel 3 wird in der Sitzung eines Antrags beschlossen:

Die Reichsämter sind Schwarz-Weiß-Rot, die Handelskammer ist Schwarz-Weiß-Rot mit den Reichsämtern in der oberen inneren Gasse.

Artikel 12 gibt der Reichsregierung gegen Landesgesetze, die sich auf Gegenstände der Sozialversicherung beziehen, ein Einschränkungsrecht mit ausreichender Begründung, sofern dies durch das Gesetz der Gemeinschaft im Reichsrecht berücksichtigt wird. Die Werte mit ausreichender

Begründung, die die Sicherheit der ausländischen Staaten, sofern die Reichsregierung ein, darf sie auch rechtlich befehligen, während sie tatsächlich bereits verhindert sind. Die Meinung in der Zukunft bleibt offen, in welcher Weise die diplomatischen Beziehungen eingehalten werden soll. — Abg. Dr. Waldbauer (Dem.): Wenn das Gesetz befürchtet, dass die Sicherheit der ausländischen Staaten, sofern die Reichsregierung ein, darf sie auch rechtlich befehligen, während sie tatsächlich bereits verhindert sind, in ihrer Meinung ist der Artikel 12 nicht vollkommen überprüft. Somit erkennt die Verfassung die Ausübung einer ganz bestimmten Leistung, (Unterstrich) — Abg. Pauli (D. Dp.): Es fragt sich, ob wir entgegen der bisherigen Verordnung nicht Recht schaffen sollen. Man habe uns Sicherheit für sämtliche Soldaten und Unteroffiziere, dann werden wir mit uns reden können. Wir bleiben bei dem bisherigen Gedanken, mit dem wir Gott sei Dank einst einmal durchkommen sind. Der Artikel wird in der Sitzung der zweiten Sitzung angenommen.

Artikel 104 wird nach einem Antrag Hauffmann (Dem.) in abgeänderter Form folgendermaßen angenommen: Die Militärgerichtsbarkeit ist aufzuheben außer für Kriegsdelikte und auf Wart der Streitkräfte. Der Rest des Abschiffes bis Artikel 106 wird in der Sitzung der zweiten Sitzung angenommen.

Zu dem vorher aufgelegten Artikel 60, der das Recht und die Telegraphen zu sein befindet, wird auf Antrag Hauffmann ein Zusatzvotum beschlossen, wonach die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichstags Verordnungen erlässt, die Grundrechte und Gewaltbeziehungen für die Benutzung der Telefondienstleistungen festlegen und sowohl als Zustimmung des Reichstags die Meldepflicht einer Petition in Angelegenheiten des Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesens erfordert.

Es folgt der zweite Hauptteil,

Grundrechte und Gewaltbefreiungen der Deutschen.

Der erste Abschnitt, Artikel 108 bis 117, handelt von der Gründelkreisperson. Abg. Röck (Rassel, Dem.): Es ist noch heute unsklar, ob die Grundrechte bestehendes Recht aufzuheben oder nur Befreiung in Zukunft in neue Rahmen lenken oder nur allgemeine Gewaltbeziehungen ausgleichen sollen. Wie vergangene heute auf den Dienst, die Grundrechte noch wesentlich abändern, stellen aber fest, dass nach unserer Meinung die Grundrechte keine Quelle der Streitfindung sind.

Zu Artikel 108, (Gleichheit vor dem Gesetz), wonach u. a. öffentlich rechtliche Vorrechte oder Nachteile der Geburt oder des Standes nicht bestehen, wird auf Antrag Dr. Spahn die Verbrennung befreit, dass sie aufgehoben sind, sowie ein Antrag keine auf Streichung der ganzen Bestimmung werden abgeschafft. Die Bestimmung des Artikels 108, wonach Adelsberechtigungen nur als Teil des Namens gelten und nicht mehr verliehen werden dürfen, wird, entgegen einem Antrag der Deutschenationalen und der Deutschen Volkspartei auf Streichung, aufrechterhalten.

Zum Artikel 113, der die persönliche Freiheit behandelt, beantragen die Abgeordneten Röde (Soz.) und Dr. Schloss (Dem.) eine Entschließung, wonach die Meldepflicht erneut erhöht, also bald eine Gesetzesvorlage über eine Reform des Strafrechts und des Strafvollzugs mit dem Ziel einer Befreiung der

Todesstrafe.

dem Reichstag vorgelegen. Dr. Möller, Dr. Glaeser (Soz.), Dr. Kästle (Dem.) und Dr. Röhl (D. Dp.) beantragen eine Entschließung, die Regelung zu erlauben, baldmöglichst einen Strafentwurf vorzulegen, nachdem im öffenen Sitzungen, in denen das Gesetz aufzugeben ist, die Todesstrafe vorliegt, mildende Umstände zugelassen werden und nachstehende neben der Todesstrafe die Verhängung einer Freiheitsstrafe zulässt. Abg. Dr. Röhl (D. Dp.): Ich bitte um Klärung, ob die Grundrechte bestehendes Recht aufstreichen oder die Gefahr, dass sie aufgehoben sind, sowie ein Antrag keine auf Streichung der ganzen Bestimmung werden abgeschafft. Die Bestimmung des Artikels 108, wonach Adelsberechtigungen nur als Teil des Namens gelten und nicht mehr verliehen werden dürfen, wird, entgegen einem Antrag der Deutschenationalen und der Deutschen Volkspartei auf Streichung, aufrechterhalten.

Zum Artikel 113, der die persönliche Freiheit beinhaltet, beantragen die Abgeordneten Röde (Soz.) und Dr. Schloss (Dem.) eine Entschließung, wonach die Meldepflicht erneut erhöht, also bald eine Gesetzesvorlage über eine Reform des Strafrechts und des Strafvollzugs mit dem Ziel einer Befreiung der

Todesstrafe.

dem Reichstag vorgelegen. Dr. Möller, Dr. Glaeser (Soz.), Dr. Kästle (Dem.) und Dr. Röhl (D. Dp.) beantragen eine Entschließung, die Regelung zu erlauben, baldmöglichst einen Strafentwurf vorzulegen, nachdem im öffenen Sitzungen, in denen das Gesetz aufzugeben ist, die Todesstrafe vorliegt, mildende Umstände zugelassen werden und nachstehende neben der Todesstrafe die Verhängung einer Freiheitsstrafe zulässt. Abg. Dr. Röhl (D. Dp.): Ich bitte um Klärung, ob die Grundrechte bestehendes Recht aufstreichen oder die Gefahr, dass sie aufgehoben sind, sowie ein Antrag keine auf Streichung der ganzen Bestimmung werden abgeschafft. Die Bestimmung des Artikels 108, wonach Adelsberechtigungen nur als Teil des Namens gelten und nicht mehr verliehen werden dürfen, wird, entgegen einem Antrag der Deutschenationalen und der Deutschen Volkspartei auf Streichung, aufrechterhalten.

Zum Artikel 113, der die persönliche Freiheit beinhaltet, beantragen die Abgeordneten Röde (Soz.) und Dr. Schloss (Dem.) eine Entschließung, die Regelung zu erlauben, baldmöglichst einen Strafentwurf vorzulegen, nachdem im öffenen Sitzungen, in denen das Gesetz aufzugeben ist, die Todesstrafe vorliegt, mildende Umstände zugelassen werden und nachstehende neben der Todesstrafe die Verhängung einer Freiheitsstrafe zulässt. Abg. Dr. Röhl (D. Dp.): Ich bitte um Klärung, ob die Grundrechte bestehendes Recht aufstreichen oder die Gefahr, dass sie aufgehoben sind, sowie ein Antrag keine auf Streichung der ganzen Bestimmung werden abgeschafft. Die Bestimmung des Artikels 108, wonach Adelsberechtigungen nur als Teil des Namens gelten und nicht mehr verliehen werden dürfen, wird, entgegen einem Antrag der Deutschenationalen und der Deutschen Volkspartei auf Streichung, aufrechterhalten.

Abg. Dr. Cohn (U. Soz.): Es kann leider nicht einen Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe seine Wiederholung aufnehmen.

Abg. Dr. Cohn (U. Soz.): Es kann leider nicht einen Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe aufnehmen.

Abg. Dr. Cohn (U. Soz.): Es kann leider nicht einen Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe aufnehmen.

Abg. Dr. Cohn (U. Soz.): Es kann leider nicht einen Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe aufnehmen.

Abg. Dr. Cohn (U. Soz.): Es kann leider nicht einen Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe aufnehmen.

Abg. Dr. Cohn (U. Soz.): Es kann leider nicht einen Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe aufnehmen.

Abg. Dr. Cohn (U. Soz.): Es kann leider nicht einen Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe aufnehmen.

Abg. Dr. Cohn (U. Soz.): Es kann leider nicht einen Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe aufnehmen.

Abg. Dr. Cohn (U. Soz.): Es kann leider nicht einen Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe aufnehmen.

Abg. Dr. Cohn (U. Soz.): Es kann leider nicht einen Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe aufnehmen.

Abg. Dr. Cohn (U. Soz.): Es kann leider nicht einen Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe aufnehmen.

Abg. Dr. Cohn (U. Soz.): Es kann leider nicht einen Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe aufnehmen.

Abg. Dr. Cohn (U. Soz.): Es kann leider nicht einen Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe aufnehmen.

Abg. Dr. Cohn (U. Soz.): Es kann leider nicht einen Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe aufnehmen.

Abg. Dr. Cohn (U. Soz.): Es kann leider nicht einen Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe aufnehmen.

Abg. Dr. Cohn (U. Soz.): Es kann leider nicht einen Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe aufnehmen.











